

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 08.10.2020

Anfrage Nr.: 0093/2020/FZ
Anfrage von: Stadtrat Rothfuß
Anfragedatum: 28.09.2020

Beschlusslauf

Letzte Aktualisierung: 20. Oktober 2020

Betreff:

Kosten des Verkehrs

Schriftliche Frage:

Die Zahlen haben im Nachgang zurecht Diskussionen ausgelöst, insbesondere die Tatsache, dass für den Pkw-Verkehr (47,3 Millionen) 40x mehr Geld ausgegeben wurde, als für den Radverkehr (1,1 Millionen). In der Ausgabe der Rhein-Neckar-Zeitung vom 28.09.2020 stellt Bürgermeister Jürgen Odszuck diese Zahlen in Frage, was er im Ausschuss nicht tat.

Er begründet dies damit, dass die Stadt allein 10 Millionen für Investitionen und 4 Millionen für den Straßenunterhalt ausgibt und dies dem Radverkehr auch zugutekäme. Ich hatte die Ausführungen von Herrn Professor Sommer von der Universität Kassel so verstanden, dass die Kosten in erster Linie dem Verursacherprinzip aufgeteilt wurden, das heißt der Radverkehr ist kaum für die Abnutzung und die damit verbundenen Instandhaltungskosten verantwortlich, diese gehen aufgrund des Gewichtes fast ausschließlich auf den Personenkraftwagen (und Lastkraftwagen) als Verursacher.

Die Stadt Heidelberg gibt 57.000,-Euro für eine Studie aus, dessen zentrale Aussagen im Nachgang in der Lokalzeitung angezweifelt werden. „Das kann nicht stimmen“.

Ich bitte die Verwaltung darzulegen, welche Zahlen sie für stimmig hält und den dazugehörigen Berechnungsansatz.

Antwort:

Angesichts der aufgeworfenen Frage zum betriebswirtschaftlichen Vergleich der Studie muss vorab darauf hingewiesen werden, dass die in der Ausgangsfrage genannten Investitionen im Finanzhaushalt nicht mit Aufwendungen im Ergebnishaushalt verglichen werden können. Die Studie berücksichtigt jedoch nur den ergebniswirksamen Teil.

Eine konkrete Aussage, welche jährlichen „Kosten“ des Straßenbaus nun explizit der jeweiligen Verkehrsart (Fuß/Rad/Kraftfahrzeug) zugerechnet werden können, ist nicht möglich. Dies ist auch der Grund dafür, warum die Kassler Studie ins Leben gerufen wurde. Die Kassler Studie soll die „Kosten“ für die jeweiligen Verkehrsarten vergleichbar machen (Verursacherprinzip). In diesem Kontext beleuchtet die Studie nur Erträge/Aufwendungen im Ergebnishaushalt und berücksichtigt nicht unmittelbar die jährlichen Investitionen, da diese in der Studie nur mittelbar über die jährlichen Abschreibungen (=Aufwendungen) abgebildet werden.

Wenn die Stadt also die von Herrn Ersten Bürgermeister Odszuck genannten jährlichen Investitionen in Höhe von rund 10 Millionen Euro für das Investitionsprogramm tätigt, so würde diese Investitionstätigkeit „nur“ im Rahmen der jährlichen Abschreibungen innerhalb der Studie mittels entsprechendem Schlüssel Berücksichtigung finden.

Die angesprochenen „Kosten“ stellen aber die in der Studie dargestellten Aufwendungen im Ergebnishaushalt dar (gemäß wissenschaftlich hergeleitetem Verursacherprinzip) und nicht die unmittelbar jährlichen Investitionen. Die getroffenen Aussagen sind somit nicht miteinander vergleichbar.

Mit anderen Worten: Der in der Studie dargelegte Betrag der absoluten jährlichen Aufwendungen in Höhe von 47,3 Millionen Euro, welcher studienbedingt nach einem Verteilerschlüssel für den Autoverkehr festgeschrieben wurde, ist nicht mit den tatsächlich getätigten jährlichen Investitionen in die Straßeninfrastruktur (Straßen, Rad- und Gehwege) vergleichbar.

Die Stadt gibt nicht aktiv 47,3 Millionen Euro (= 295 Euro pro Einwohner) für den Autoverkehr aus, dieser Betrag spiegelt lediglich die jährlichen (kalkulatorischen) Abschreibungen aus Straßenbau, Entwässerung, sonstiger Straßeninfrastruktur et cetera nebst Gemeinkosten (wie beispielsweise Kosten für den Winterdienst, Straßenreinigung et cetera) wider.

Beispiel: Effektive Maßnahmen wie beispielsweise die „Fahrradstraße Gaisbergstraße“ werden von der Studie nur rudimentär erfasst; die Aufwendungen für den Baukörper Straße an sich würden aber größtenteils zu Lasten des Autoverkehrs gehen (ohne Straße keine Fahrradstraße).

Der Bericht zur Studie beinhaltet die Berechnungsansätze der Untersuchung. Er kann, so wie es auch in der Informationsvorlage steht, interessierten Mitgliedern und Fraktionen des Gemeinderats zur Verfügung gestellt werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2020

Nachfrage Stadtrat Rothfuß:

Ich hatte zwei Fragen eingereicht. Zum einen das Thema „Kosten des Verkehrs“. Das hat relativ hohe Wellen geschlagen. Wir hatten es im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss behandelt. Es hat mich ein Stück weit gewundert. Ich habe nochmal die Frage gestellt und auch die Antwort bekommen, dass im Nachgang zum einen von Herrn Lachner im Stadtblatt aber auch von Herrn Odszuck in der Rhein-Neckar-Zeitung diese Studie und die Zahlen angezweifelt werden. Die Studie hat die Stadt immerhin 57.000 Euro gekostet. Sie wurde auch mit der Stadt vorbesprochen. Im Ausschuss wurde es besprochen, da kamen keine Rückfragen oder Leider kam das erst im Nachgang. Die Investitionen, die jetzt angeführt werden - es wird ja relativ viel investiert, auch für den Radverkehr – bilden sich natürlich erst in der Zukunft ab. Natürlich ist die Studie so angelegt, dass der Haushalt der Jahre 2016 bis 2018 abgebildet wird und hier natürlich die Abschreibung und nicht die Investition. Wenn man eine Studie macht im Jahre 2022 oder 2023, dann bilden sich die heutigen Investitionen ab. Das ist völlig logisch. Deshalb haben wir auch den TOP-Antrag gestellt, dass die Studie weitergeführt wird, dass auch weiter diskutiert wird zu diesem Thema.

Das Thema Gaisbergstraße - wurde noch in der Antwort erwähnt –ist jetzt für Fahrradfahrer. Das müsste umgeschrieben werden. Die Straße ist natürlich auch für Fahrradfahrer, aber sie ist auch nach wie vor für Autos. Und die Schäden an der Straße, die Investitionen beziehungsweise die Instandhaltung –das ist ja Teil der Argumentation, das hat Herr Prof. Sommer von Uni Kassel dargelegt – werden erster Linie durch den Autoverkehr verursacht. Ein Fahrradfahrer bringt viel weniger Gewicht auf die Straße als ein Auto oder ein LKW. Dadurch werden die Schäden verursacht, nicht durch den Fahrradfahrer, auch in der Gaisbergstraße nicht. So wurden die Kosten zugeteilt. Wir werden in Zukunft weiter darüber sprechen.

Erster Bürgermeister Odszuck:

Ja zum ersten Punkt: Damals im Ausschuss hat der Gutachter, der Professor, sehr deutlich auf die Schärpen und Unschärpen seiner Vorgehensweise hingewiesen. Er hat die Methodik sehr genau dargestellt. Im Ausschuss hatte auch niemand etwas dagegen. Aber gegen die Aussage, die Sie nachher daraus gemacht haben, habe ich mich gewandt, weil die etwas völlig Falsches suggeriert. Sie haben daraus gemacht: Die Stadt gibt circa 37 Millionen Euro pro Jahr für die Autos aus. Und das klingt nach etwas ganz anderem. Das klingt nach einem aktiven Zahlungsvorgang in Cash. Aber Abschreibungen sind keine aktiven Zahlungsvorgänge und schon gar kein Cash, sondern das ist eine Verrechnungsgröße. Gegen diese Aussage habe ich versucht, mich zu wehren, nicht für mich, sondern für die Stadt. Ich denke, das muss man in

diesem Ausschuss klarstellen. Ich habe mich nicht gegen die inhaltliche Methodik der Studie gewandt, sondern dagegen, was für Aussagen daraus gemacht worden sind, weil die irreführend sind. Nicht mehr und nicht weniger.

Ergebnis: behandelt